

## Wahlnachtbericht-Spezial: DIE LINKE nach der NRW-Wahl

# DIE LINKE erneut rausgewählt

## Themenausgabe des Wahlnachtberichts zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Anlage A des Wahlnachtberichtes  
Abgeschlossen: 14. Mai 2012, 01:30 Uhr

### Inhalt

Zusammenfassung .....	1
I. Vielschichtige Ursachen .....	2
II. Erkenntnisse der Wahlstatistik.....	3
Übersicht: Gewinne und Verluste in den Bevölkerungsgruppen .....	4
Übersicht: Wählerwanderungen .....	5
Hinweise aus den Vorwahlumfragen. ....	8
Statt eines Resümees .....	9
Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt .....	10

### Zusammenfassung

DIE LINKE ist binnen Wochenfrist erneut von den Wählerinnen und Wählern heftig abgewatscht und aus einem Landesparlament hinaus gewählt worden. Deutete sich bereits 2011 ein Abwärtstrend an, so ist DIE LINKE mit den Ergebnissen im Saarland (-5,1%), in Schleswig-Holstein (-3,8%) und nun in Nordrhein-Westfalen (-3,1%) in den westdeutschen Bundesländern deutlich ins Rutschen geraten.

DIE LINKE, deren Entstehung untrennbar mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 verbunden ist, verliert im bevölkerungsreichsten Bundesland ihre landesparlamentarische Repräsentanz. DIE LINKE in NRW erhält als weiterer Landesverband die Quittung für die Unterlassungssünden im Parteaufbau und die politische Aufstellung auf Bundesebene.

Obwohl es in NRW in Ansätzen gelang, die Fraktion und die Landespartei als eigenständige und aufeinander bezogene politische Zentren zu entwickeln, genügten diese ersten landespolitischen Erfahrungen nicht, um an das achtbare Ergebnis von 5,6% 2010 anzuknüpfen.

In nur 20 Monaten konnte weder die Landespartei mit ihrem stetigen Parteaufbau, noch engagierte Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus der ganzen Partei, sowie sympathische

Spitzenkandidatinnen und Landessprecherinnen (Katharina Schwabedissen, Hubertus Zdebel, Bärbel Bauermann und Wolfgang Zimmermann) sich gegen den Bundestrend der LINKEN stemmen.

DIE LINKE verliert außer an die CDU an alle Parteien und an die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Am meisten verliert sie an die SPD, an die sie auch die Kompetenzzuweisung bei der sozialen Gerechtigkeit verloren hat, und an die Piraten.

Die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen besitzt zudem eine hohe Symbolkraft, weil das Ergebnis von WASG und PDS aus dem Jahr 2005, das am Anfang der Parteigründung stand, noch unterboten wurde. Es wird daher allen Kommentatoren außerhalb und innerhalb der Partei, die das Ende des gemeinsamen Parteiprojektes bereits vor Augen haben, willkommener Anlass sein, eben dieses weiter heraufzubeschwören.

#### **DIE LINKE: Die Wahlergebnisse in NRW**

	BTW02	LTW05	BTW05	BTW09	LTW10	LTW12
Stimmen	125.446	254.977	529.967	789.814	435.627	194.539
% Wahlberechtigte	1,0%	1,9%	4,0%	5,9%	3,3%	1,5%
% Stimmen	1,2%	3,1%	5,2%	8,4%	5,6%	2,5%

## **I. Vielschichtige Ursachen**

Die Gründe für die negativen Wahlergebnisse der Partei bei den letzten Wahlen sind vielschichtig und nicht auf einen Nenner zu bringen.

Regierung – Opposition? Die Ausgangslagen bei den Landtagswahlen waren so unterschiedlich, dass die Konstellation keine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte. Ob aus der Regierung oder Opposition heraus Wahlkampf gemacht wurde, ob mit dem Ziel des Regierens oder mit dem Ziel der konsequenten linken Opposition, spielte bei Landtagswahlen 2011-12 offenbar nur eine untergeordnete Rolle. Hinzukommt, dass die Wahlen von Landesverbänden bestritten wurden, die zumindest innerparteilich als Vertreter unterschiedlicher politischer Linien wahrgenommen werden.

Offene Personalfragen? Die hohen Verluste 2012 könnten mit offenen Personalfragen oder mit der „Selbstbeschäftigung“ in Gestalt von „Personalquerelen“ erklärt werden. Sicher, offene Personalfragen tragen dazu bei, dass eine Partei einen zerstrittenen Eindruck hinterlässt. Aber nur dann, wenn innerparteiliche Auseinandersetzungen in der Form von Personaldebatten geführt werden und hinter der Personalisierung nicht mehr zu erkennen ist, um welche Lösung für welche Probleme welcher Wähler/-innenschichten dabei gestritten wird.

Für die Wahrnehmung einer Partei, die immer ihren pluralen Charakter als das qualitativ Neue gegenüber früheren linken Parteien herausgestellt hat, könnte die negative Besetzung von innerparteilichen Streits auch wie eine Abkehr vom Gründungsversprechen wirken. Wie auch immer, trotz dieser Situation gab es zeitgleich zu Schleswig-Holstein in bei den Kommunalwahlen in Thüringen einen deutlichen Vertrauensbeweis für die politische Alltagstauglichkeit der LINKEN.

Fehlende Parteistrukturen? Eine weitere Erklärung könnte in den fehlenden Parteistrukturen gesucht werden. In allen drei Ländern, in denen zuletzt gewählt wurde, waren die Parteistrukturen gegenüber der parlamentarischen Stärke auf der Landesebene unterentwickelt. Entsprechend hoch ist in einer solchen Situation die Abhängigkeit der Kommunikation einer Partei mit ihren Wählerinnen und Wählern von den Medien, von medienwirksamen Personen und den Fraktionen. In Nordrhein-Westfalen war bereits bei der Landeslistenauflistung 2010 dieses Problem erkannt und auf einen starken Landesvorstand gegenüber der erwarteten Parlamentsfraktion gesetzt worden. So konnte es gelingen, im

parlamentarischen Umgang mit der rotgrünen Minderheitsregierung politische Lernprozesse zu organisieren.

So konnte sich ansatzweise eine politische Linie herauschälen, die, wer wollte, auch wahrnehmen konnte. Pascal Beucker urteilte deshalb kurz vor der Wahl folgerichtig: *„Mit ihrem Grundsatz, keinen Sozialabbau, aber dafür alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen für abhängig Beschäftigte, Erwerbslose, Schüler, Studierende und Rentner verbessern, erreichten die vermeintlichen Sektierer mehr als die realpolitischen Landesverbände mit ihren Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Berlin.“*<sup>1</sup> Entscheidend ist hierbei nicht der rechnerische Wahrheitsgehalt, sondern der Hinweis, dass nach dem Maßstab „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ tatsächlich etwas erreicht wurde.

Wer hat davon erfahren? Bei der Antwort kommt der Stand des Parteaufbaus ins Spiel, für den, wie Katharina Schwabedissen anmerkte, bis zur Neuwahl nicht genügend Zeit zur Verfügung stand. Zu viele Kreisverbände zerstritten sich, zu viele Mandatsträger wechselten die Partei. Nordrhein-Westfalen bildete den Zustand des stockenden Parteaufbaus ab.

Vertane Möglichkeiten? Stockender Parteaufbau, mangelhafte innerparteiliche Debattenkultur, die nur „richtig“ oder „falsch“, „schwarz“ oder „weiß“ kennt, aber nicht die Grautöne des Lebens wahrhaben will, die mit dem Gründungsgeschenk der sozialen und politischen Vielfalt nichts anzufangen weiß, liegen in der Verantwortung der Parteiführung. An ihrem Vorbild, ihren offen debattierten und nachvollziehbaren Lösungen von Konflikten und Problemen, verändern sich auch Haltung und Habitus in den Basisorganisationen – oder eben nicht. Die unterschiedlichen politischen und sozialen Erfahrungen und Sichtweisen auf die Probleme im Land, die in der neuen Partei zusammenfanden, wurden schon früh als Probleme mangelnder Geschlossenheit identifiziert und nicht als Chancen zur politischen Weiterentwicklung und sozialen Verankerung in möglichst vielen Alltagswelten. Der Wert einer pluralen Linken wurde bisher weder wirklich verstanden noch genutzt. Zusammen mit zurückgehenden Mitgliederzahlen – in Ost und West, aus unterschiedlichen Gründen – schrumpfte die Verankerung der Partei im Alltagsleben.

## II. Erkenntnisse der Wahlstatistik

Politische Lernprozesse zu organisieren und Besserwisserei und Rechthaberei zu bekämpfen, sind notwendig, wenn die Lebensgrundlage der Partei, die soziale und politische Vielfalt gerettet werden soll. Denn die Wahlergebnisse zeigen, dass die Partei Wähler/-innen in unterschiedliche Richtungen verliert.

Die Zustimmung bei Wahlberechtigten unter 45 Jahren ist zum Teil stark rückläufig. Hier ziehen die an den Erfahrungen mit dem traditionellen bundesdeutschen Sozialstaat ausgerichteten Themen vermutlich nicht mehr ausreichend, weil unter den Bedingungen eines auf Dauerkrise gerichteten prekarierten Arbeitsmarktes die Sozialsstaatsnormen nicht mehr als erreichbares Ziel gelten. Ihre Botschaft an die Partei könnte lauten: Nehmt mehr von unserer Sicht auf die Verhältnisse, unseren Zielen in eure politischen Themen auf.

Bei den letzten drei Wahlen zeigte sich auch, dass viele Wähler/-innen im Alter von 45-60 Jahren, die den Weg von der SPD zur Linken mitgegangen waren, die Partei nicht erneut wählten. Manche gingen zurück zur SPD, andere wurden Nichtwähler. Hier lautete die Botschaft dann: Ihr habt die verlorenen sozialstaatlichen Sicherheiten und über den Haufen geworfenen Lebensplanungen auch nicht retten können.

Es ist ein überdurchschnittlicher Rückgang bei Wähler/-innen mit mittlerer und niedriger formaler Bildung zu beobachten, bei Erwerbstätigen und hier bei Arbeiter/-innen. Möglicherweise handelt es sich hierbei um diejenigen Prekarisierten des Arbeitsmarktes, über die eine Studie der Bertelsmann-Stiftung jüngst herausfand, dass sie deutlich seltener

---

<sup>1</sup> Pascal Beucker, Links von der Currywurst; Jungle World 19, 10. Mai 2012.

überhaupt zur Wahl gehen. Ihre Botschaft lautete dann: Ihr könnt auch nichts für uns erreichen.

Zuletzt kam ein deutlich überdurchschnittlicher Rückgang der Stimmenanteile unter Gewerkschaftern hinzu, was nicht an der Besetzung von gewerkschaftlichen Themen gelegen haben kann. Ihre Botschaft wäre eher so zu entziffern: Ihr könnt euren politischen Einfluss nicht geltend machen bzw. wollt es nicht.

Nach diesem Muster ließen sich aus den vorliegenden Wahlanalysen weitere Botschaften an die Partei herauslesen. Der Wähler ist der Souverän, er will den Parteien über seine Stimmabgabe einen Auftrag erteilen, eine Botschaft überbringen Sie alle würden nicht belegen, dass DIE LINKE nicht mehr gebraucht wird, sondern dass sie ihre Hausaufgaben machen und sich veränderten politischen und sozialen Umweltbedingungen anpassen muss. Die unterschiedlichen Richtungen, in die die Wähler sich abwandten, fordern auch dazu auf, die Komplexität der Verhältnisse anzunehmen. An einfache Lösungen und ihre Durchsetzbarkeit glauben offensichtlich nur noch wenige. Eine politische Grundansprache im Gestus eines „Wir haben verstanden!“ wäre die Grundvoraussetzung aller Schwerpunktsetzungen zur Bundestagswahl 2013.

### Übersicht: Gewinne und Verluste in den Bevölkerungsgruppen

Überdurchschnittliche Verluste musste DIE LINKE bei den vergangenen Landtagswahlen – jeweils mit Ausnahmen – hinnehmen bei den 30-44jährigen männlichen Wählern, bei den Wählern und bei Wählerinnen unter 30 Jahren. In diesem Jahr kamen auffällig hohe Verluste in der Altersgruppe der 45-59jährigen Männer hinzu.

Überdurchschnittlich zurück gegangen sind die Stimmenanteile bei erwerbstätigen Personen mit mittlerer bzw. niedriger formaler Qualifikation, teilweise auch bei Arbeitslosen.

Ein wachsender politischer Funktionsverlust der Partei deutet sich in den überdurchschnittlichen Verlusten bei westdeutschen Gewerkschaftern, Arbeitern wie Angestellten, an.

**Tabelle: DIE LINKE: Gewinne und Verluste in Bevölkerungsgruppen 2011-2012**

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Ergebnis	-0,1	-0,4	0,4	-0,3	1,6	-1,7	-5,1	-3,8	
Geschlecht									
männlich	-1,2	-2,8	0,2	-0,3	2	-1	-6,2	-3,6	
weiblich	0,3	2,5	0,8	-0,5	2	-3	-3,1	-3,2	
Alter + Geschlecht (M= Mann / F= Frau)									
18-29 Jahre M	2,1	-2,3	1,1	-0,2	-1	-4	-5,3	-6,9	
18-29 Jahre F	0,9	-0,5	2,4	0,1	0	-5	-5,0	-3,4	
30-44 Jahre M	-2,0	-2,2	0,0	-0,3	0	-3	-10,4	-4,3	
30-44 Jahre F	0,5	-0,3	0,9	-1,1	0	-4	-6,5	-4,8	
45-59 Jahre M	-2,2	-4,5	-0,4	-1,1	2	-2	-6,6	-4,1	
45-59 Jahre F	0,5	4,3	0,5	-0,5	4	-3	-1,9	-4,2	
60 und älter M	-1,5	-3,3	0,7	0,1	-1	2	-4,3	-1,3	
60 und älter F	-0,4	2,6	0,5	-0,4	0	-1	-1,3	-1,2	
Schulbildung									
Hauptschule	-1,1	2,2	1,1	-0,5	0	0	-5,9	-5,3	
Realschule	-0,9	0,8	0,1	-1,1	2	-1	-5,1	-4,2	
Hochschulreife	1,3	-0,9	0,5	-0,9	1	-3	-6,2	-2,4	
Hochschule, Uni	0,2	-2,8	-0,5	-0,4	-1	-3	-1,1	-2,6	
Erwerbsstatus									

Tätigkeit	-0,1	0,5	-0,7	3	-2	-5,9	-4,1	
Rentner	1,0	0,2	-0,6	1	1	-5,1	-2,1	
Arbeitslose	-0,6	2,7	-2,7	9	-4	-3,2	-10,5	
Ausbildung	-1,8	1,8	0,4			-3,2	-5,8	
Berufsgruppe								
Arbeiter	-0,1	1,0	-0,4	4	-2	-7,7	-7,3	
Angestellte	-0,9	0,1	-1,3	1	-2	-6,4	-3,3	
Beamte	-4,7	-0,6	0,5	6	0	-2,4	-2,0	
Selbständige	2,8	0,4	0,2	4	-1	1,0	-1,6	
Gewerkschaftsmitgliedschaft								
Ja	-0,8	-0,7	-0,8	2	1	-9,7	-5,2	
Nein	-0,1	0,7	-0,6	3	0	-3,9	-3,5	
Arbeiter Ja	-3,7	0,1	-0,1	3	-4	-9,2	-7,6	
Arbeiter Nein	1,1	1,3	-0,3	5	0	-7,1	-7,0	
Angestellte Ja	1,7	-1,2	-2,7	0	2	-13,2	-4,8	
Angestellte Nein	-1,4	0,3	-1,1	1	0	-4,5	-3,0	

Quelle: Wahlberichte Forschungsgruppe Wahlen, eigene Zusammenstellung

## Übersicht: Wählerwanderungen

Wählerwanderungen finden selten nur in eine Richtung statt. Manchmal verbergen sich hinter einem kleinen positiven oder negativen Saldo mit einer Partei recht große Bewegungen in beide Richtungen. So behaupten die Wahlforscher von Infratest dimap für Baden-Württemberg, dass hinter einem Verlust von 1000 Stimmen an die SPD 20.000 Wähler stehen, die von der Linken zur SPD gegangen sind und 19.000, die den umgekehrten Weg gegangen sind, insgesamt also 39.000 Wahlberechtigte, die sich anders entschieden haben. Darin liegen für eine Partei weitaus mehr politische Chancen, als wenn lediglich 1000 Wähler abgewandert wären.

DIE LINKE verliert vor allem an die SPD und die Nichtwähler, gleichzeitig kamen von hier in 2011 auch noch die meisten neuen Stimmen. So überwogen in Berlin die Gewinne von der SPD und von den zuvor Wahlabstinenten noch die Verluste an sie. Das ist bei den Wahlen 2012 nicht mehr der Fall gewesen. Hier dominiert die Abwanderung eindeutig die Zuwanderung, ein Zeichen für einen starken Abwärtstrend.

### Die Abwanderung: Wo blieben die Wähler innen von der Vorwahl?

Eine junge Partei ist darauf angewiesen, von anderen Parteien Stimmen zu gewinnen. Sie besitzt keine Stammwählerschaft. Aus diesem Grunde ist die Quote der „Wiederwähler“ in den ostdeutschen Ländern, in denen DIE LINKE seit längerem verankert ist, höher als in den westdeutschen Ländern. Hier liegt die Wiederwählerquote um bis zu zwanzig Prozentpunkte niedriger. In Schleswig-Holstein ist sie dramatisch eingebrochen, was die Versäumnisse im Parteaufbau und in der Landespolitik spiegelt. Während wir für Hamburg noch annahmen, Anzeichen für eine sich festigende verlässliche Stammwählerschaft zu sehen, kann davon nach den letzten Wahlen nicht mehr die Rede sein. Eine Wiederwählerquote von 17%, wie sie für Schleswig-Holstein ausgewiesen wird, zeugt nicht von einer belastbaren Stammwählerschaft. (Die Zahlen für NRW sind vorläufige Zahlen aus der Wahlnacht, ihnen liegt noch nicht das vollständige Wählerstromkonto zugrunde.)

**Tabelle: Verbleib der Wählerschaft der Vorwahl**

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	28%	13%	30%	55%	16%	24%	26%	32%	
Nichtwähler	18%	5%	7%	2%	10%	8%	19%	43%	
Verstorben/verzogen	10%	14%	9%	0%	11%	13%	7%	8%	
Wiederwähler	44%	68%	55%	43%	63%	56%	47%	17%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Mit Ausnahme der Wahl in Baden-Württemberg wechselt etwas ein Viertel bis ein Drittel der Wählerschaft zu einer anderen Partei, der Wechsel zur Wahlenthaltung ist in Hamburg, Saarland und vor allem in Schleswig-Holstein signifikant höher gewesen als im Durchschnitt. Schaut man nur auf die Verteilung der abgewanderten Wählerstimmen, so erhalten diese Tendenzen eine deutlichere Kontur.

**Tabelle Verteilung der Abwanderung von Wähler/-innen**

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	50%	41%	65%	96%	42%	54%	50%	39%	
Nichtwähler	32%	14%	15%	4%	28%	17%	37%	51%	
Verstorben/verzogen	18%	45%	20%	0%	30%	28%	13%	10%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

### Die Zuwanderung von neuen Wähler/-innen

Bei jeder Wahl hat DIE LINKE nicht nur bisherige WählerInnen verloren, sondern auch in teilweise beträchtlichem Umfang neue WählerInnen gewonnen. Die neu gewonnen Stimmen kamen überwiegend von anderen Parteien, gefolgt von vorher Wahlabstinenten oder im Land nicht Wahlberechtigten.

**Tabelle Verteilung der Zuwanderung von Wähler/-innen**

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	52%	41%	56%	45%	64%	49%	71%	62%	
Nichtwähler	22%	44%	22%	32%	21%	25%	21%	15%	
Erstwähler/zugezogen	26%	14%	22%	23%	15%	25%	8%	23%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Auffallend hierbei ist eine Tendenz der schwindenden Anziehungskraft auf Nichtwähler. Entsprechend wächst der Anteil früherer Wähler anderer Parteien. Damit würde DIE LINKE verstärkt um die „wahlbereiten“ Bürger und Bürgerinnen konkurrieren. Da (mehrmalige) Nichtwähler, zumal in Vierteln mit hoher Wahlenthaltung, in Wahlkämpfen viel schwerer zu mobilisieren, liegt eine solche strategische Entscheidung nahe, würde aber am Gründungsauftrag unserer Partei vorbeigehen, der ja gerade von den herrschenden Parteien enttäuschte Wählerschichten für die politische Einmischung gewinnen wollte – und muss, um überhaupt mehrheitsfähige Bündnisse für eine Politik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der unteren Schichten herstellen zu können.

### Aktuelle Wählerschaft und Austauschvolumen

Der Saldo aus Abwanderung und Zuwanderung ergibt die Nettobilanz, ob etwa von der SPD unterm Strich Stimmen gewonnen oder verloren wurden, und die Zusammensetzung der aktuellen Wählerschaft.

**Tabelle: Zusammensetzung der aktuellen Wähler/-innenschaft nach Herkunft**

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
Andere Parteien	27%	16%	32%	28%	20%	19%	22%	28%	
Nichtwähler	11%	17%	13%	20%	6%	10%	6%	7%	
Erstwähler	4%	3%	7%	4%	3%	4%	1%	3%	
zugezogen	9%	2%	5%	10%	2%	6%	1%	7%	
Wiederwähler	49%	62%	43%	37%	69%	61%	69%	55%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Wenn die Abwanderung die Zuwanderung überwiegt, wächst der Anteil der Wiederwähler an der aktuellen Wählerschaft. Hierbei sind zwei unterschiedliche Bewegungen festzustellen: In Sachsen-Anhalt oder Berlin gelingt es nicht, die Zahl der verstorbenen Wähler durch Erstwählerstimmen oder andere Gewinne zu kompensieren. In den westdeutschen Ländern ist in diesem Jahr vor allem der Abfluss zur SPD und den Nichtwählern das herausragende, nicht ausgleichende Phänomen.

Die Summe aus Abwanderung und Zuwanderung ergibt das gesamte Bewegungsvolumen. Dieses Volumen bildet einen Indikator für die Potentiale einer Partei, für mögliche Gewinne und Verluste, für Chancen und Risiken. Berücksichtigt ist in der folgenden Darstellung allein der Austausch mit anderen Parteien und den Nichtwählern.

**Tabelle: Verteilung des Austauschvolumens mit anderen Parteien und den Nichtwähler/-innen**

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
CDU	10%	13%	10%	8%	12%	6%	11%	4%	
SPD	35%	25%	34%	29%	38%	26%	31%	16%	
Grüne	15%	5%	20%	32%	4%	13%	5%	9%	
FDP	0%	3%	2%	4%	3%	1%	4%	2%	
Piraten						12%	9%	10%	
Andere	5%	10%	10%	5%	10%	13%	3%	7%	
Nichtwähler	35%	43%	24%	23%	32%	29%	36%	52%	

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Der Erfolg der Piraten hat an dem grundlegenden Muster nichts geändert: Der bei weitem größten Austausch findet bisher zwischen LINKE-Wählern und Nichtwählern und LINKE-Wählern und SPD-Wählern statt. Das wiederum ist ein schwerwiegender Befund, denn im Kern handelt es sich um gegensätzliche Bewegungen. Die einen sind der Auffassung, dass die vorherige Wahl der LINKEN nichts genutzt hat und gehen gar nicht mehr wählen, die anderen sind der Auffassung, dass ihre Anliegen bei einer anderen Partei besser aufgehoben sind. Hier steht DIE LINKE im Wettbewerb mit anderen Parteien, vor allem der SPD, dort geht es um ihre Unterscheidbarkeit und Wirkungsmächtigkeit gegenüber allen anderen Parteien. Letztmalig gelang es in Berlin, das Konto mit SPD und Nichtwählern positiv abzuschließen.

**Tabelle Wanderungssalden mit Parteien und Nichtwähler/-innen**

	HH 2011	ST 2011	RLP 2011	BW 2011	MV 2011	BE 2011	SL 2012	SH 2012	NRW 2012
CDU	2.000	7.000	2.000	5.000	6.000	-1.000	-2.000	-3.000	0
SPD	-4.000	5.000	8.000	-1.000	0	2.000	-7.000	-9.000	-90.000
Grüne	2.000	-2.000	-4.000	-33.000	-1.000	-2.000	0	-3.000	-30.000
FDP	0	3.000	1.000	3.000	2.000	1.000	3.000	0	-10.000
Piraten	0	0	0	0	0	-13.000	-7.000	-6.000	-80.000
NPD	0	-2.000	0	0	-1.000	0	0	0	
Andere	-2.000	-2.000	-2.000	-1.000	-2.000	2.000	0	-2.000	-20.000
Summe Parteien	-2.000	9.000	5.000	-27.000	4.000	-11.000	-13.000	-23.000	-230.000
Nichtwähler	-4.000	30.000	4.000	25.000	-6.000	3.000	-17.000	-39.000	-20.000

Eigene Berechnungen auf der Basis der Wählerstromkonten von Infratest dimap.

Die bisher für NRW vorliegenden Wanderungsbilanzen zeigen für DIE LINKE ein neues Phänomen: Die Abwanderung aus Enttäuschung in die Wahlenthaltung spielt eine vergleichsweise geringe Rolle. Dafür teilt sich das Wählerpotential der Partei in zwei Richtungen: die einen (32%) suchen, könnte man interpretieren, bei den Piraten eine neue, unverbrauchte Partei mit einem offeneren Politikstil; die anderen (48%) wollen nach der Ablehnung des Haushaltes der rotgrünen Landesregierung lieber eine rotgrüne Mehrheitsregierung als eine erneute Abhängigkeit von der Strategie der Linken.

**Tabelle Verteilung der Stimmenverluste der LINKEN**

CDU	SPD	FDP	Grüne	PIRATEN	Andere	Nichtw.
0%	36%	4%	12%	32%	8%	8%

### Hinweise aus den Vorwahlumfragen.

Eine von der INFO GmbH Anfang April für die Wirtschaftswoche durchgeführte repräsentative Telefonumfrage stellte im Auftrag des Bereiches Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand einige zusätzliche Fragen zur Sicht auf die LINKE. Diese Umfrage zeichnet ein bemerkenswertes Bild von der LINKEN (in NRW).<sup>2</sup> Die Forderungen unserer Partei erzielten eine große Zustimmung. Als „sehr wichtig“ und „wichtig“ für die eigene Wahlentscheidung erachteten die Befragten die Forderung „Löhne rauf – Ihr seid es wert!“ 65% der Befragten, die Forderung „Kita für alle – jetzt & gebührenfrei“ 60%. „Millionärssteuer als Schuldenbremse“ 55% und „Sozialticket für ganz NRW“ 41%. Bemerkenswert hieran ist, dass die Forderung, wegen der die Fraktion dem Haushalt nicht zustimmte, nur den vierten Platz belegt. Die Zustimmung war im übrigen bei allen Themen unter weiblichen Befragten größer als unter männlichen, die Zustimmung verteilte sich ebenso recht gleichmäßig über alle Altersgruppen. Am größten war die Zustimmung unter potentiellen WählerInnen der LINKEN, gefolgt von potentiellen SPD-WählerInnen und NichtwählerInnen. An den gewählten Themen kann die Wahlniederlage also nicht gelegen haben.

Allerdings wurden die Themen nicht vorwiegend mit der LINKEN verbunden. Nur bei der „Millionärssteuer als Schuldenbremse“ vermutete eine Mehrheit DIE LINKE als Absender, bei allen anderen Themen mit meist deutlicher Mehrheit die SPD, bei der Kita-Forderung sogar noch die Grünen häufiger als DIE LINKE.

<sup>2</sup> Siehe auch die Berichterstattung im Neuen Deutschland: Wähler trauen der NRW-LINKEN wenig zu, ND 27. April 2012. Die Ergebnisse für die Anhänger der LINKEN haben im Gegensatz zu den Ergebnissen für alle Befragten eine schmale Datenbasis, die ihre Repräsentativität fraglich erscheinen lässt.



Ein zweites thematisches Problem offenbarten die Fragen zur Neuverschuldung und Schuldenbremse. Zwar fand sich unter potentiellen WählerInnen der LINKEN auf die Frage nach geeigneten Maßnahmen zur Reduktion der Neuverschuldung mit 43% die höchste Zustimmung zu „Steuern erhöhen“, doch mehrheitlich votierten die LINKE-Wähler wie alle Wähler für „Ausgaben insgesamt senken“ (81%), „Personal in der öffentlichen Verwaltung reduzieren“ (53%) und „Fördermittel für die Wirtschaft reduzieren“ (47%). Offensichtlich führt ein Alleinstellungsmerkmal bei der Staatsverschuldung nicht zur Sammlung des Wählerpotentials, sondern es droht die Entfremdung, wenn die Thematisierung abstrakt und nicht konkret an der Frage des Erhalts und Ausbaus bestimmter Einrichtungen und Stellen geführt wird (siehe Zustimmung zu Kita-Forderung).

Die INFO-Umfrage belegte auch eine hohe Abwanderungsbereitschaft der früheren LINKE-Wählerschaft. Nur 38% wollten DIE LINKE erneut wählen, etwa je ein Viertel tendierte zu den Piraten und zu SPD und Grünen. Bewertet man die genannten Gründe, so schälen sich zwei Motivlagen heraus. Das eine Motiv gruppiert sich um Äußerungen in Richtung „Mal was neues ausprobieren“ und geht in Richtung Piratenpartei. Die andere Motivlage hat etwas mit dem Politikstil der LINKEN und der Haltung zur rotgrünen Landesregierung zu tun. Die Partei habe sich zu „wenig bewegt“, sei „sehr radikal“, „treten auf der Stelle, kommen nicht voran, keine umsetzbaren Ideen“ oder schlicht „haben ihre Ziele nicht erfüllt“. Das Motiv „Die Linken sind strittig/unschlüssig untereinander“ ist nur eines unter vielen anderen.

Nur etwa 20% der Befragten waren der Meinung, dass DIE LINKE wieder im Landtag vertreten sein sollte, deutlich weniger als für die FDP oder den Piraten. DIE LINKE in NRW verfügt über das kleinste Wählerpotential und nahm allein deshalb schon eine Alleinstellung war. Zur LINKEN überwiegen unter allen Befragten die negativen Assoziationen. Die wichtigsten sind:

- „Programm/Ansprüche/Konzepte sind nicht umsetzbar/unrealistisch/unbezahlbar“
- „Abneigung gegen diese Partei, unsympathisch“
- „DDR-Vergangenheit, SED, zu sehr damit verwurzelt, schlechte Erfahrungen gemacht“
- „Chaotisch, wissen nicht, was sie wollen, bringen nichts, taktieren nur, sind populistisch“
- „zu destruktiv, zu radikal, zu extrem, aggressiv, wie die Rechten“

## Statt eines Resümees

Was folgt aus diesen Erkenntnissen? Vor gut einem Jahr schrieben wir nach den damaligen Landtagswahlen eine Einschätzung unter der Überschrift „Der Trend ist kein Genosse“<sup>3</sup>. Nach den letzten Wahlergebnissen 2012 wäre dies eine beschönigende Überschrift für eine Gesamteinschätzung. Es handelt sich um mehr als einen Trend. Die Niederlage in Nordrhein-Westfalen ist der letzte Warnschuss der Wählerinnen und Wähler, der noch Konsequenzen für die kommenden Bundestagswahlen ermöglicht. Das jüngste Wahlergebnis zeigt, dass mit der bisher dominierenden Strategie unter den gegebenen Bedingungen Wahlen erfolgreich nicht zu bestreiten sind. Eine bessere Strategie wird nicht ohne offene und ehrliche Diskussion der unterschiedlichen Erfahrungen in den vergangenen zwei Jahren zu haben sein. Sie kann angesichts der Komplexität der Ursachen nur eine kollektive Leistung sein.

---

3

Nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg erschienen mit der Wahlrechtsauswertung am 28. März 2011 erste Thesen zum strategischen Umgang mit den Landtagswahlergebnissen für die Bundespartei DIE LINKE. Diese sollen hiermit nach dem Wahlzyklus von den Landtagswahlen in Hamburg 2011 bis zur heutigen Landtagswahl in NRW 2012 überprüft und fortgeschrieben werden. Sie sind ein Beitrag zur Erarbeitung der wahlstrategischen Entscheidungen für die Bundestagswahlen 2013.

## **Wahlnachtberichte / Die Autoren, die Autorin / Vorbehalt**

### Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

### Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

**<http://wahlanalysen.wordpress.com>.**

Die Wahlanalysen können zudem unter [www.benjamin-hoff.de](http://www.benjamin-hoff.de) abgerufen werden.

### Zu den Autoren / der Autorin

*Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er lebt in Berlin und ist Geschäftsführer von MehrWertConsult.

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

*Dr. Konstanze Kriese* ist Kulturwissenschaftlerin. Sie lebt in Berlin und arbeitet bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE. als Vorstandsreferentin.

### Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 13./14. Mai 2012 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

\* \* \*